



# Ballstädt ist nur ein Beispiel von vielen

### Hauptverdächtiger ist Bindeglied zwischen Rechtsrock, Szenetreffs und Gewalt

**Es ist gut, dass „durch die Thüringer Polizei Druck auf die Neonazi-Szene im Raum Ballstädt ausgeübt wurde, um den rechten Schlägern klar zu machen, dass solche Gewalttaten auch entsprechende Konsequenzen zur Folge haben“, erklärte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Solche Ereignisse wie in Ballstädt (Landkreis Gotha), wo in der Nacht vom 9. Februar eine Gruppe von Neonazis eine Feier der Kirmesgesellschaft gestürmt und zehn Menschen verletzt hatte, „dürfen nicht als ‚Wochenendschlägereien‘ verharmlost werden“.**

„Ballstädt ist nur ein Beispiel von vielen: In Thüringen gibt es zahlreiche neonazistische Immobilien, bei denen Sicherheitsbehörden zwar gelegentlich mit Einzelmaßnahmen versuchen zu intervenieren, an einem Gesamtkonzept gegen rechte Veranstaltungs-, Konzert- und Trefforte mangelt es nach wie vor“, betonte die Landtagsabgeordnete mit Blick auf Objekte, wie in Kahla, Kirchheim oder Erfurt.

Hier gelte es, anzusetzen und Neonazis derartige Rückzugsräume zu nehmen, von denen aus sie nicht nur ihrer Ideologie freien Lauf lassen, von diesen Objekten gehen auch immer wieder Bedrohungen und Übergriffe aus. Der Fall Ballstädt sollte eine Mahnung an die beteiligten Akteure der Thüringer Sicherheitsbehörden sein,

beim nächsten Mal gleich auf Hinweise zu einem neonazistischen Hintergrund zu achten, so Katharina König mit Verweis auch auf die Kritik aus dem Kreis der Betroffenen.

Die vom Thüringer Innenminister eingerichtete „Besondere Aufbauorganisation (BAO) Zesar“ – sie war als eine Konsequenz der gravierenden Ermittlungsspannen bei der Verfolgung des NSU-Terrortrios gebildet worden – hat eine ganze Reihe von Durchsuchungen wegen Ballstädt durchgeführt. Sie ermittelt gegen 13 Verdächtige, hatte zwischenzeitlich fünf Personen vorläufig festgenommen und ein Neonazi, Thomas Wagner, befindet sich in Untersuchungshaft.

### Straftaten mit Waffen und gewalttätige Übergriffe

Wagners Hintergrund „als extrem rechter Intensivstraftäter offenbart anschaulich die Verknüpfungen zwischen rechten Immobiliengeschäften, Musik- und Vertriebsstruktur sowie militanten Neonazischlägern“, sagte die Abgeordnete. Wagner sei bereits seit den 90er Jahren in der Thüringer Neonazi-Szene aktiv und falle immer wieder durch Straftaten mit Waffen, Beschaffungskriminalität und gewalttätige Übergriffe auf.

Der 38-jährige sei mehrfach Mitglied von rechten Musikgruppen, zuletzt u.a. als Schlagzeuger, Bandleader und Texter von rassistischen und antisemitischen Liedern. Er organisiert seit Jah-

ren Räumlichkeiten für Szene-Treffen, u.a. Proberäume für rechte Musikprojekte und für Konzerte, so als Bewohner des seit dem Jahr 2012 bekannt gewordenen Neonazi-Treffpunkts „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel. Seit einem Jahr ist er in der Ballstädter Immobilie aktiv.

Thüringer Ermittler führten Razzien im Juni 2012 und im August 2013 bei Wagner durch. Der Neonazi unterhält überregionale Kontakte in die Szene, aber auch zu Angehörigen aus dem Umfeld der NPD.

„Nach uns vorliegenden Informationen störte er im Jahr 2004 zusammen mit einem heutigen NPD-Landesvorstandsmitglied eine DGB-Montagsdemonstration in Gotha mit einem Transparent des ‚Thüringer Heimatschutzes‘. Wenige Monate später wurde er festgenommen und beschuldigt, zusammen mit dem späteren NPD-Landtagskandidaten aus Saalfeld-Rudolstadt eine Person mit einem Auto und unter Androhung einer Schusswaffe kurzzeitig entführt zu haben“, so Katharina König.

Wagner und seine Musikgruppe SKD fühlten sich dem internationalen Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“ zugehörig. Heute schreibt die Gruppe Solidaritätstexte für den mutmaßlichen NSU-Helfer Ralf Wohlleben und sammelt mit dem Erlös der CDs Geld für den Häftling in München. Im Jahr 2004 warfen Ermittler Wagner vor, thüringenweit die Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit“ verbreitet zu haben. ■

## KOMMENTIERT:

von Margit Jung

### Eltern-Kind-Zentren

*Neben dem Bundesbetreuungsgeld wird das Landeserziehungsgeld in Thüringen zusätzlich gezahlt. Eine finanzielle staatliche Leistung wird dafür gewährt, dass eine strukturelle staatliche Leistung nicht in Anspruch genommen wird. Genau darin liegt unser Problem.*

*Wer einen Kulturkampf führt, schert sich offensichtlich überhaupt nicht um die Realität. Geld für dieses Familienmodell auszugeben, das von immer weniger Familien gelebt wird oder auch gelebt werden kann, ist einfach nur weltfremd, anders kann man das nicht bezeichnen.*

*Für uns als LINKE gilt, die bislang für das Thüringer Erziehungsgeld eingesetzten Mittel für das zu verwenden, was Familien wirklich hilft. Dazu gehören nach wie vor der bedarfsgerechte Ausbau der Krippenplätze in Thüringen, die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren, die weitere hochwertige Qualifizierung des Fachpersonals im Bereich frühkindliche Bildung sowie Leistungen für Kinder, die wirklich Unterstützungsbedarf haben.*

*Auch ist der Ansatz, Kitas zu Eltern-Kind-Zentren zu entwickeln und zu verwandeln, in denen Mütter und Väter Ansprechpartner für familiäre Aufgaben haben, in denen Informationsveranstaltungen, Fortbildungskurse durchgeführt werden können und in denen sich Eltern miteinander treffen können, ein guter Beitrag, um das Geld, was Sie (die CDU, d.R.) für Ihr Familienmodell ausgeben, sinnvoller einzusetzen.*

*Es wäre im Sinne früher Hilfen und Vernetzung unterschiedlicher Angebote also sehr gut investiertes Geld. Wir wissen auch, dass frühkindliche Bildung einen hohen Anspruch an Erzieherinnen und Leiterinnen der Kitas stellt, und dass es sinnvoll wäre, hier mehr Qualifizierungsangebote bereitzustellen und das muss natürlich auch bezahlt werden.*

*Das sind nur einige Beispiele, wie die frei werdenden Millionen sinnvoll eingesetzt werden können. Also, wir wollen dieses Geld für Familien weiterhin einsetzen.*

*Aus dem Protokoll der Landtagsdebatte vom 23. Januar: Rede der familienpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Margit Jung, in der Diskussion um das Thüringer Erziehungsgeldgesetz*

## AKTUELL Mehr Frauen in Kommunalparlamente

Mit Blick auf die am 25. Mai in Thüringen stattfindenden Kommunalwahlen hat die Linksfraktion eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils in den kommunalen Vertretungen des Landes gefordert.

„Dazu bedarf es auch der Unterstützung durch Landtag und Landesregierung“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion, Frank Kuschel. Es gebe ein deutliches Missverhältnis zwischen Frauen und Männern bei der Besetzung von kommunalen Mandaten in Kreistagen und Gemeinderäten. Thüringen belege im bundesweiten Vergleich einen der hinteren Plätze, der Frauenanteil in kommunalen Vertretungen liege bei lediglich 23 Prozent. „Damit steht Thüringen zwar im Vergleich zu den anderen beiden mitteldeutschen

Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt etwas besser da, bei denen der Anteil bei jeweils 19 Prozent liegt, trotzdem befindet sich Thüringen drei Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Es muss jetzt geprüft werden, welche Gründe es für diesen Zustand gibt und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Anteil von Frauen in kommunalen Vertretungen nachhaltig zu erhöhen“, betonte der LINKE-Kommunalexperte.

Auf Anregung des Landesfrauenrates, die rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung einer Frauenquote bei den Kommunalwahlen zu prüfen, wurde auf Bitte der Linksfraktion ein Gutachten durch den wissenschaftlichen Dienst des Landtags erstellt. „Aus verfassungsrechtlichen Gründen kann offensichtlich nicht die Einführung einer

Frauenquote bei den Kommunalwahlen in Erwägung gezogen werden. Es bleibt nur der Weg, durch eine gezielte Förderung sowie Unterstützungsmaßnahmen die Parteien und Wählergruppen zu motivieren, Frauen bei der Aufstellung der Listen besonders zu berücksichtigen“, so Frank Kuschel. Zudem könnten die Kommunen gesetzlich verpflichtet werden, die Mandatsausübung durch Frauen besonders zu unterstützen. Dazu gehören familienfreundliche Sitzungsabläufe und ein Angebot der Kinderbetreuung während der Zeit der Mandatswahrnehmung.

Eine parlamentarische Initiative der LINKEN „Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenquote bei Landtags- und Kommunalwahlen“ war allerdings von der Mehrheit des Thüringer Landtags abgelehnt worden. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Kein Abbau von Standards in Kitas

Die Qualität der Betreuung in den Thüringer Kindertagesstätten ist erneut Thema im Landtag. Nach Äußerungen von Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, dass es in der Familienpolitik „keine Fixierung auf Betreuung“ geben dürfe, und den gleichzeitig bekannt gewordenen Überlegungen von Finanzminister Wolfgang Voss zu Einsparungen insbesondere beim Kita-Personal hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo RameLOW, von einem Skandal gesprochen und betont:

„Wenn die Landesregierung jetzt tatsächlich an der Bildung und Betreuung unserer Kinder sparen will, dann hat sie endgültig jeden Realitätssinn verloren. Wenn unsere gut ausgebildeten Erzieherinnen durch Sozialassistentinnen ersetzt werden sollen, werden mühsam erreichte Qualitätsstandards zerstört, für die Eltern in Thüringen jahrelang gekämpft haben. Zudem wäre es für die Beschäftigten in den Kitas, die heute schon vergleichsweise wenig verdienen, eine Zumutung, wenn das Lohnniveau in den Einrichtungen noch weiter gesenkt werden soll. Wir werden der CDU nicht durchgehen lassen, dass sie die Zukunftsfähigkeit des Freistaates wegrationalisiert.“ ■

### Mentalitätswechsel bei Unternehmern

Die Landesvorsitzende der LINKEN und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Susanne Hennig, hat die Thüringer Unternehmer zu einem „Mentalitätswechsel“ aufgerufen. In Reaktion auf die erneute Kritik von Industrie- und Handelskammern an dem in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD festgelegten Bildungsurlaubsgesetz erklärte die LINKE-Politikerin:

„Es wird höchste Zeit, dass erkannt wird, dass die Strategie der niedrigsten Kosten mittel- und langfristig auch aus Sicht der Thüringer Unternehmen falsch ist.“ Thüringen sei eines von vier Bundesländern ohne Bildungsurlaubsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

„Zudem sind wir das Schlusslicht bei der Entlohnung. Kein Wunder, dass nach wie vor täglich dreißig bis vierzig meist junge, gut ausgebildete Menschen unser Bundesland verlassen. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel bei den Unternehmen und ihren Verbänden hin zu einer gemeinsamen Anstrengung, in Thüringen attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen und Menschen hier zur Familiengründung und zur beruflichen Zukunft einzuladen.“ ■

# Vorhaben stehen im Internet zur Diskussion

Linksfraktion veröffentlicht auf [thueringen-fair-aendern.de](http://thueringen-fair-aendern.de) 66 konkrete Politikziele

**Mit einem digitalen Dialogprozess hat die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag das Jahr 2014 begonnen. Unter dem Slogan „Thüringen fair ändern“ werden auf der gleichnamigen Webseite 66 politische Vorhaben vorgestellt, mit denen Thüringen zukunftsfähig gestaltet werden soll.**

Das Besondere dabei ist die Anordnung der Vorschläge in einer Themenmatrix, bei der alle wichtigen Politikbereiche jeweils miteinander verknüpft sind. Diese bildliche Vernetzung beschreibt auch den Kerngedanken des Projekts: In einem kleinen Bundesland mit großem Potenzial sollten alle Felder bestmöglich verzahnt sein, um dem Land eine gute Entwicklung zu ermöglichen.

Die grafische Umsetzung sieht vielleicht auf den ersten Blick etwas kompliziert aus, ist aber ganz einfach zu verstehen: Die Matrix funktioniert wie früher in der Schule die Umrechnungstabellen. Oben und an der linken Seite können zwei Themen ausgesucht werden und deren Schnittpunkte lassen sich dann anklicken.

**Jeder Schnittpunkt steht für ein Politikziel:**

- Soziales Thüringen
- Gute Bildung für alle von Anfang an
- Thüringen 2.0 – überall digital und sicher

- Lebenswert – auf dem Land und in der Stadt
  - Ganzheitlicher, nachhaltiger Tourismus
  - Mobilität – Gleiche Teilhabe und Inklusion
  - Thüringer Energierevolution
  - Kulturland Thüringen
  - Gelebte Demokratie
  - Moderne Verwaltung – Stärkung des Öffentlichen
  - Vielfalt leben – Rassismus und Ausgrenzung entgegenreten
- Die auf der Internetseite [thueringen-fair-aendern.de](http://thueringen-fair-aendern.de)

blickend hat sich die Anstrengung gelohnt: Es sind 66 konkrete Vorschläge entstanden, die nicht nebeneinander gedacht werden, sondern alle aufeinander abgestimmt sind.

Von den mehreren dutzend Kommentaren, die bisher auf der Seite hinterlassen wurden, beziehen sich viele auf die Vorhaben zur Bildungspolitik. Angemahnt haben die Besucher beispielsweise, dass im Schulbereich ein großer Bedarf hinsichtlich der Modernisierung von Schulgebäuden besteht. Dabei soll berücksichtigt werden, dass

eine bessere technische Ausstattung der Schulen auch mit Weiterbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer einhergehen muss. Auch die Frage der Inklusion beschäftigt die Menschen. So gibt ein Lehrer aus Eisenach zu bedenken: „Der Weg der Inklusion muss behutsam und personell sowie konzeptionell unteretzt begangen werden.“

Alle eingegangenen Kommentare werden von den Abgeordneten der Linksfraktion gesichtet. Eine erste Auswertung der Diskussionsbeiträge soll Anfang April erfolgen, damit die Hinweise dann in der Arbeit der Fraktion berücksichtigt werden können.

Frank Schenker ■



[fair-aendern.de](http://fair-aendern.de) präsentierten Vorschläge sind das Ergebnis eines mehrmonatigen Arbeitsprozesses der gesamten Linksfraktion, bei dem die Vernetzung verschiedener Themenbereiche im Vordergrund stand. Das Zusammendenken von ganz unterschiedlichen Ansätzen, wie der sozialen Gerechtigkeit, der Energiepolitik, Bildungsgerechtigkeit, öffentlicher Nahverkehr und Tourismusentwicklung, stellte auch die Abgeordneten mitunter vor Herausforderungen, aber zurück-

## Unterstützung für Thüringer Arbeitslosenparlament

Am 18. Februar beging das Thüringer Arbeitslosenparlament sein 15-jähriges Jubiläum. Auf Einladungen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne fand dieses wiederum im Thüringer Landtag statt.

Dazu erklärte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion: „DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisation von Erwerbslosen seit Bestehen des Arbeitslosenparlamentes. Es ist wichtig, dass es dieses Forum zum gegenseitigen Austausch gibt, auch um die herrschende Politik mit den Stimmen der Betroffenen zu konfrontieren.“

Die 34. Sitzung des Thüringer Arbeitslosenparlamentes, das mit über 200 Erwerbslosen tagte, formulierte Wahlprüfsteine für die anstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. In der Beratung wurde eingehend auf die Notwendigkeit guter Arbeit, existenzsichernder Löhne und einer Rückkehr zu öffentlicher Beschäftigung als zentraler Säule aktiver Arbeitspolitik gedrängt. „DIE LINKE teilt die Auffassung des Thüringer Arbeitslosenparlamentes, dass wir endlich wieder öffentliche Beschäftigung im Ge-



meinwohlbereich fördern müssen. Die Bedarfe sind da, wie insbesondere auch der Aufschrei von Trägern und Kommunen angesichts der Einstellung von Bürgerarbeit und Bundesfreiwilligendienst zeigt. DIE LINKE setzt hier auf ein erweitertes Konzept. Leider schaffen weder Bürgerarbeit noch Bundesfreiwilligendienst existenzsichernde Beschäftigung, die für ein würdevolles Leben ohne Hartz IV notwendig ist. Deshalb stellen wir unser Konzept des Öffentlichen Beschäftigungssektors

zur Diskussion, mit dem wir bis zu 5.000 öffentliche Arbeitsplätze schaffen wollen“, erläuterte Ina Leukefeld. Sie gratulierte dem neu gewählten Präsidenten des Thüringer Arbeitslosenparlamentes, Hans-Günther Heymburg, herzlich zu seiner Wahl. „Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg und immer ein offenes Ohr der Politik. DIE LINKE wird wie bisher an Eurer Seite stehen und Eure Forderungen konstruktiv diskutieren und parlamentarisch begleiten.“ ■

# Vor allem auf den Quellenschutz bedacht

Trinkaus-Ausschuss: Beim Geheimdienst versackten Informationen über eine Straftat

Der Verfassungsschutz sei doch „kein Strafverfolgungsorgan“ – dieser Hinweis war in der Sitzung des Untersuchungsausschusses 5/2 des Thüringer Landtags, dem sogenannten Trinkaus-Untersuchungsausschuss, am 7. Februar gleich mehrfach zu hören. Geäußert wurde er während der Zeugenvernehmung des Polizeidirektors Gerd Lang, derzeit Leiter des Bildungszentrums der Thüringer Polizei und Mitte der 2000er Jahre mehrjährig Vizepräsident des Thüringer Geheimdienstes „Landesamt für Verfassungsschutz“.

Natürlich will kein Mitglied des Untersuchungsausschusses dem Verfassungsschutz Polizeibefugnisse übertragen. Das „Trennungsgebot“ von Nachrichtendienst und Polizei ist eine wichtige Schlussfolgerung aus dem Terror der Gestapo. Wie geht der Thüringer Geheimdienst aber mit Informationen über Straftaten um?

Das Aufklärungsinteresse des Ausschusses war auf Ereignisse im Zusammenhang mit einem Vorfall am 1. Mai 2007 in Erfurt gerichtet. Neonazis hatten nach ihrem Aufmarsch im Hauptbahnhof einen TLZ-Fotojournalisten attackiert und dessen Kamera gestohlen. Ein Spitzel („V-Mann“) meldete dem Verfassungsschutz nicht nur den Täter, sondern lieferte auch eine CD mit Fotos vom Speicher der Kamera ab.

Dann geschah Merkwürdiges, wie ein Mitarbeiter des Landesamtes vor dem Untersuchungsausschuss aussagte: ihm als V-Mann-Führer sei unter sagt worden, den Sachverhalt und den Namen des Täters in einem dienstlichen Vermerk festzuhalten sowie weitere Ermittlungen anzustellen. Und das von Vizepräsident Lang persönlich, in jener Zeit noch dazu in Personalunion Abteilungsleiter für Beschaffung sowie für Auswertung – also eine Art graue

Eminenz des Landesgeheimdienstes. Warum er das angeordnet habe und warum keine Meldung an die Polizei erfolgte, wurde Lang von Ausschussmitgliedern gefragt.

Der vermochte sich an den konkreten Vorgang zwar nicht zu erinnern, zeigte allerdings großes Verständnis für ein derartiges Verbot, hielt den Ablauf durchaus für wahrscheinlich. Lang verwies als Motiv immer wieder auf den „Quellenschutz“, nach seinem Ver-

halt, Hessen und Bayern zusammengerettet hatten: „Die Demonstration in Erfurt übertraf hinsichtlich der Teilnehmerzahl alle vergleichbaren Veranstaltungen, die vom rechtsextremistischen Spektrum seit mehr als 10 Jahren in Thüringen organisiert wurden.“ Der frühere Thüringer Verfassungsschutzpräsident Thomas Sippel, ebenfalls am 7. Februar als Zeuge vernommen, konnte sich nicht an ein konkretes Verbot erinnern, den Namen des mutmaß-



ständnis offenbar Grundprinzip des Dienstes. Soll heißen: das ungetrübte Vertrauensverhältnis zum Spitzel und dessen Schutz in der Neonazi-Szene ging über die Aufklärung einer schweren Straftat.

Nach seiner Einschätzung der generellen Bedeutung dieses 1. Mai 2007 gefragt, relativierte Lang: er kenne aus seiner Dienstzeit als Polizeibeamter Ereignisse von weit größerer Dimension. Das Landesamt, zu dessen unmittelbarer Leitung er in jener Zeit gehörte, sah das indes anders. Im Verfassungsschutzbericht 2007 heißt es zu den Vorgängen, zu denen sich nach Angaben des Amtes bis zu 1.000 Neonazis aus Thüringen, Sachsen, Sachsen-An-

lichen Straftäters in einem Vermerk zu notieren. Sippel betonte, er halte es „für undenkbar“, dass während seiner Amtszeit mit seiner Billigung so verfahren worden sei. Die Glaubwürdigkeit des Mitarbeiters stellte aber auch er nicht in Frage. Aufschlussreich waren weitere Ausführungen von Lang zum Legalitätsprinzip – der grundsätzlichen Verpflichtung von Strafverfolgungsbehörden, bei Kenntnis von Straftaten ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen. Das sei im Landesamt nicht einzuhalten, so Lang. Durch die dort beschäftigten Mitarbeiter sei das nicht zu leisten, sonst könnten sie ihre Geheimdienst-Tätigkeiten gar nicht ausführen.

Stefan Wogawa

## VON A BIS Z:

### Nebenjobber

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Zahl derjenigen Menschen, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch einen Minijob ausüben müssen, mehr als verdoppelt. Dazu MdL Ina Leukefeld (LINKE): „Wenn immer mehr Menschen in Thüringen zwei Jobs zum Überleben brauchen, dann ist dies ein wortwörtliches Armutszeugnis für die Politik der Thüringer Landesregierung und ein erneuter Beweis für die dringende Notwendigkeit eines wirklich existenzsichernden Mindestlohnes in Deutschland!“

Mehr als 35.000 Thüringerinnen und Thüringer sind hiervon betroffen. „Es ist ein Skandal, welches Ausmaß prekäre Beschäftigung in Thüringen erreicht hat. Mehr als ein Drittel aller Thüringer Beschäftigten arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, viele weit unterhalb des Existenzminimums. Die Bilanz von fünf Jahren schwarz-roter Politik ist leider weit entfernt von dem ursprünglich ausgegebenen Credo der Guten Arbeit“, sagte die Abgeordnete.

„Zugleich sind diese Zahlen ein Mahnruf an diejenigen, die immer noch gegen den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn wettern und überlegen, wie sie dort möglichst viele Ausnahmen platzieren können.“

Anstatt möglichst viele Menschen auszuschließen, muss die Debatte darüber geführt werden, wie nun zügig der Mindestlohn auf ein existenzsicherndes Niveau von mindestens zehn Euro pro Stunde angehoben werden kann“, forderte Ina Leukefeld. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 26. bis 28. Februar sowie vom 19. bis 21. März statt.

### Demokratie-Tagung:

Eine weitere Direkte-Demokratie-Tagung der Landtagsfraktionen der LINKEN, der SPD und Grünen zusammen mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ findet am Dienstag, den 4. März, von 14 bis 19 Uhr im Landtag in Erfurt statt. Das Thema lautet: „Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin - Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de).

## Altenpflege

Nach einer neuen Studie werden in Thüringen bis zum Jahr 2030 fast 8.000 zusätzliche Altenpflegerinnen und Altenpfleger benötigt. Knapp 3.400 Pflegefachkräfte werden allein gebraucht, um in Rente gehende Fachkräfte zu ersetzen. „Die wissenschaftliche Analyse zeigt, dass es noch große Reserven bei der Ausgestaltung des Thüringer Pflegepaktes gibt und dass gegenwärtige Maßnahmen für die verkürzte Ausbildung in der Altenpflege erst in zwei Jahren greifen werden“, sagt MdL Jörg Kubitzki. DIE LINKE fordert finanzielle Unterstützung für das dritte Ausbildungsjahr auch über 2015 hinaus und die Schaffung weiterer Kapazitäten, um mehr verkürzte Ausbildungen zu ermöglichen. ■

## Gastpredigt

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, hat am 23. Februar in der Gedächtniskirche in Berlin zum Thema Zinsverbot eine Predigt gehalten mit dem Titel „Das biblische Zinsverbot und die heutige Wirtschaftsordnung“. Die Veranstaltung ist Teil der Gottesdienstreihe „Reformation & Politik“, in der in den kommenden Monaten Vertreter verschiedener politischer Parteien mit evangelischem oder katholischem Hintergrund in der Gedächtniskirche erwartet werden. Bereits im Oktober vergangenen Jahres predigte Ramelow im Rahmen des evangelischen Themenjahrs in der St.-Thomas-Kirche des Kirchenkreises Berlin Stadtmitte zur Flüchtlingspolitik. Der aktuelle Predigttext unter: [www.bodo-ramelow.de](http://www.bodo-ramelow.de). ■

## Bufris

„Auch wenn der Bundesfreiwilligendienst aus linker Sicht keine sinnvolle Arbeitsmarktinitiative ist, werden durch den jetzt veranlassten altersdiskriminierenden Einstellungsstopp viele soziale und kulturelle Vereine in Thüringen in ihrer Arbeit massiv behindert“, warnte MdL Dr. Birgit Klaubert. Viele Vereine, die bereits Zusagen für „Bufris“-Stellen erhalten und dementsprechend ihre konzeptionellen Planungen für das kommende Jahr ausgerichtet hatten, stünden nun vor dem Problem, ihre Angebote teilweise gar nicht aufrecht erhalten zu können, monierte die Kulturpolitikerin der Linksfraktion und kündigte an: „Wir werden uns der Situation der in Thüringen betroffenen Vereine annehmen.“ ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Ärgerlich: Gen-Mais ist nicht vom Tisch

Vor dem Hintergrund des Abstimmungsergebnisses der EU-Staaten über die Zulassung des gentechnisch veränderten Mais 1507 erklärte die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Johanna Scheringer-Wright: „Ich bedaure, dass durch dieses Votum der gentechnisch veränderte Mais nicht vom Tisch ist. Das Abstimmungsergebnis zeigt jedoch, dass eine deutliche Mehrheit von Mitgliedsstaaten gegen die Zulassung solcher Organismen ist.“

Besonders ärgerlich sei, dass sich Deutschland enthalten habe. „Jetzt kommt es jedoch darauf an, die Kennzeichnungspflicht zu verbessern“, forderte die Landtagsabgeordnete. Die überwältigende Mehrheit der Konsumenten wolle keine gentechnisch veränderten Kulturpflanzen, und die Menschen seien besorgt, dass aufgrund von schlechter Kennzeichnung dann doch Produkte auf dem Teller landen, die selbst transgen sind oder mit transgenen Organismen hergestellt wurden. Die Landesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass Kennzeichnungslücken, wie im Bereich der Futtermittel, geschlossen werden. „Es muss ganz eindeutig ‚mit Gentechnik‘ darauf stehen, wo Gentechnik auch verwendet wurde.“

### Unverhältnismäßige Kamera-Aufstellungen

Der Thüringer Landesdatenschutzler Lutz Hasse hat eine Meldepflicht für Videokameras zur Verkehrsüberwachung oder Verbrechensbekämpfung in den Kommunen gefordert. So könne man „dem Wildwuchs Herr werden“, hatte er mit Bezug auf die geplante Aufstellung von Kameras in Heiligenstadt gesagt. Dort will die Stadt Autokennzeichen aufnehmen, um eine Einbruchserie in Geschäften zu stoppen.

Eine solche Meldepflicht „hebt die Unverhältnismäßigkeit dieses Vorhabens nicht auf“, hatte dazu Sabine Berninger, justizpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, erklärt und betont: „Die aktuelle Medienmeldung enttäuscht, bisher war Dr. Lutz Hasse aus meiner Sicht ein verlässlicher Datenschützer, aber hier stößt er mit in das Horn, wonach Persönlichkeitsrechte, wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Sicherheitsabwägungen getrost geopfert werden können.“ Bereits 1983 habe das Bundesverfassungsgericht den „Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten“ besonders herausgestellt.

# An govdata.de beteiligen

## Offene Daten für Transparenz von staatlichem Handeln und qualifizierte Bürger-Teilhabe

**Offene Daten spielen wichtige Rolle bei der Transparenz von Regierung und staatlichem Handeln und könnten auch ein Motor für wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen werden. Darauf hatte anlässlich des internationalen „Open Data Day“ am 22. Februar die netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katharina König, verwiesen:**

„Es wird Zeit, dass auch in Deutschland und hier in Thüringen das Potenzial von offenen Daten wahrgenommen wird“, stellte die Abgeordnete fest und verwies darauf, dass „die Transparenz wichtig ist für eine qualifizierte Teilhabe der Menschen am politischen Prozess“.

Offene Daten ermöglichen es, sich als Bürgerin und als Bürger umfassend über politische Entscheidungen, deren Hintergründe und Datengrundlagen informieren zu können. „Damit bilden sie den notwendigen Rohstoff für eine funktionierende Demokratie. Es kann daher nicht sein, dass in einer Zeit, in der Internet und Computer den universellen Zugang zu Daten möglich ma-

chen, diese weiterhin nicht als Allgemeingut zur Verfügung stehen. Deshalb setzt sich DIE LINKE in Thüringen für Open Data ein“, betonte Katharina König.

Zudem schafften offene Daten „aber auch enorme Möglichkeiten für innovative Entwicklungen in Wissenschaft und Wirtschaft“. Auch in diesem Jahr gab es anlässlich des Open Data Day wieder Wettbewerbe mit dem Ziel, auf offenen Daten basierende Anwendungen

und Forschungsprojekte zu verwirklichen.

„Doch längst haben sich erste Geschäftsmodelle auch in Deutschland etabliert, die aber vielfach noch an fehlenden Datensätzen aus einzelnen Regionen kranken. Und viel zu oft gehört leider auch Thüringen noch zu eben diesen Regionen, für die offene Daten schlicht nicht zur Verfügung stehen“, kritisierte die Abgeordnete der Linksfraktion.

Sie schlug vor: „Wir sollten in Thüringen daher zielgerichtet daraufhin arbeiten, die mit Steuergeldern erhobenen Daten, die in den Behörden und Ministerien brach-

liegen, wieder der Allgemeinheit zugänglich zu machen.“

Deswegen will DIE LINKE zum Beispiel, dass sich Thüringen ohne Zeitverzug am bundesweiten Portal govdata.de beteiligt, sobald dieses in den Regelbetrieb übergeht. Katharina König verwies auf einen in diesem Zusammenhang von der Fraktion DIE LINKE gestellten Antrag, der derzeit im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags beraten wird.



## Protest gegen rückwirkende Beitrags-Erhebung

**Die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V. hat für den 27. Februar zu einer Mahnwache vor dem Landtag in Erfurt aufgerufen, um gegen das zeitgleich zur abschließenden Beratung im Parlament anstehende Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zu protestieren.**

sche Sprecher Frank Kuschel die Änderungsanträge der Linksfraktion erläutert und betont: „Wir fordern, dass nur dann Abwasserteilbeiträge erhoben werden dürfen, wenn innerhalb der folgenden sechs Jahre die anderen Teilrichtungen, insbesondere die Klärwerke, gebaut werden.“ Ansonsten werde den Zweckverbänden für die Erhebung von Vorauszahlungsbeiträgen Tür und Tor geöffnet.

Hintergrund der geplanten Änderung des Kommunalabgabengesetzes ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2013, welches eine Regelung des bayerischen Kommunalabgabengesetzes zur rückwirkenden Erhebung von Abwasserbeiträgen als verfassungswidrig bewertet hat. In Thüringen besteht eine fast wortgleiche Regelung wie in Bayern.

Die Landesregierung will die rückwirkende Erhebung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge auf zwölf Jahre begrenzen, dies aber erst ab dem Jahr 2021. Bis zum Jahr 2021 soll es bei der unbegrenzten Rückwirkung bleiben. Beitragsforderungen sollen somit erst nach 30 Jahren verjähren.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung enthält keine schlüssige Begründung für eine Begrenzung der Rückforderungsfrist für Abgaben auf 12 Jahre. Zwar wird auf den Aspekt der Fehleranfälligkeit der Beitragssatzungen Bezug genommen, jedoch nicht dargestellt, weshalb man dort die vier Jahre der Festsetzungsfrist auf 12 Jahre verdreifachen muss. Eine Ausweitung der Verjährung ist nicht geboten.

Zu den Änderungsanträgen, die die Linksfraktion zum Gesetzentwurf der Landesregierung vorgelegt hat, gehört die Klarstellung, dass die Regelfestsetzungsfrist der Abgabenordnung gilt, also maximal vier Jahre rückwirkend.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 5. März 2013 ausdrücklich formuliert, dass die bestehenden Regelungen mit dem Grundgesetz unvereinbar sind, daher durch die Behörden nicht mehr angewandt werden dürfen und gerichtliche Verfahren auszusetzen sind. Die nunmehr von der Landesregierung formulierte Übergangsregelung, nach welcher die Gemeinden berechtigt werden, bis 2021 verfassungswidrig zu handeln, ist daher abzulehnen.

„Keine unbegrenzte Rückwirkung bis 1991“, so betonte Frank Kuschel die Forderung der Linksfraktion, mit der sie zugleich auch das Anliegen der Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben unterstützt.

Der Gesetzentwurf sei äußerst fragwürdig und entspreche nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Allerdings gehe die Linksfraktion davon aus, dass mit einem Politikwechsel nach den Landtagswahlen im Herbst diesen Jahres, damit einhergehenden veränderten politischen Mehrheiten und einer Beteiligung der LINKEN an der neuen Landesregierung umgehend eine Korrekturentscheidung durch den neuen Landtag vorgenommen werden könne.

Ansonsten werde auch dieses Gesetz über kurz oder lang vor den Gerichten landen, prognostizierte der Abgeordnete.



Mit dem Gesetz will die Landesregierung die Zweckverbände ermächtigen, Abwasserbeiträge für Teileinrichtungen zu erheben, ohne dass es darauf ankommt, wann die Abwasseranlage als Ganzes fertiggestellt sein wird. Die Teilbeitrags'erhebung soll selbst dann möglich sein, wenn die Orte niemals eine zentrale Kläranlage erhalten. Bei einem Pressegespräch am 19. Februar im Landtag hatte der kommunalpoliti-

## DAS THEMA

# Für ein wirksames Antikorruptionsgesetz

## Zustimmung für LINKE-Gesetzentwurf/Diskussion mit Vertreterin von Transparency

Im bisherigen Beratungsprozess gab bzw. gibt es für den Gesetzentwurf der LINKE-Fraktion zu einem Thüringer Antikorruptionsgesetz von verschiedenen Seiten auch Zustimmung. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz stellt klar, dass ein Antikorruptionsgesetz in Thüringen notwendig ist. Auf Grundlage von Richtlinien (die derzeit geltende stammt aus dem Jahr 2002) ist tatsächlich wirksame und rechtlich korrekte Antikorruptionsarbeit offensichtlich seiner Einschätzung nach in Zukunft nicht mehr machbar.

Die Landesregierung – konfrontiert mit der Position des Datenschutzbeauftragten – sieht ein Gesetz eher als Aufgabe für die kommende Wahlperiode und hält an ihrer Ankündigung fest, dass eine Überarbeitung der Antikorruptionsrichtlinie stattfinden muss.

Die Antworten der Landesregierung auf mehrere Anfragen des LINKEN-Abgeordneten Knut Korschewsky machen im Übrigen deutlich, dass bestimmte Vorgaben, wie ein zeitlich befristeter Einsatz von Personal auf sogenannten korruptionsgefährdeten Stellen oder auch die Auswechslung der Antikorruptionsbeauftragten – soweit sie vorhanden sind – in manchen Fällen nicht bzw. verspätet stattfindet und die Wirksamkeit der Arbeit durch die ehrenamtliche Ausgestaltung der Funktion beeinträchtigt ist.

Es gibt also Handlungsbedarf, zumal nicht zuletzt an den Daten für das Bundeslagebild Korruption erkennbar ist, dass es auch in Thüringen jährlich mindestens mehrere Dutzend, in manchen Jahren auch mehrere 100 Fälle mit Schadenssummen zusammen in Millionenhöhe gibt. Unterstützung für das Gesetzesvorhaben gibt es auch von der Antikorruptions-Organisation „Transparency international – Deutschland e.V.“ – als Teil des internationalen Verbundes von „TI“. Jüngst war Dr. Gisela Rüb, Bundesvorstandsmitglied

des Vereins und selbst mit Berufserfahrung als Antikorruptionsbeauftragte in den Behördenstrukturen des Landes Brandenburg, zu einer inhaltsreichen und kritischen Diskussion bei der LINKE-Fraktion zu Gast. Sie unterstrich, dass der Gesetzentwurf der LINKE-Fraktion in Thüringen der umfassend-

Nordrhein-Westfalen existierende Gesetz hatte Transparency kritisiert, dass es keine Regelungen zu den Antikorruptionsbeauftragten enthält. Kritik gab es von Seiten Transparencys z.B. am Verbot von Sponsoring im Gesetzentwurf, dies sei zu weitgehend. In diesem Zusammenhang ist anzumerken,

ziehbar aufgelistet werden, welche außerparlamentarischen Organisationen, Personen usw. an der Erarbeitung parlamentarischer Initiativen, vor allem an Gesetzentwürfen und auch auf Ebene der Landesregierung beteiligt waren.

Da dieser bundesweit erste umfassende Gesetzentwurf noch weiter auf Erhöhung der Wirksamkeit abgeklopft werden soll, z.B. mit Blick auf die Ausgestaltung des so genannten „Zuverlässigkeitsregisters“, in dem Verstöße von Firmen in Ausschreibungsverfahren für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zur Verhinderung zukünftiger Probleme dokumentiert werden sollen, wurde am Ende des Gesprächs vereinbart, weiter in kritischer Diskussion zu bleiben. Auch mit anderen Organisationen – vor allem aus Thüringen – will die Fraktion zum Thema wirksame Antikorruptionsarbeit im Gespräch bleiben.

„Auch wenn die Landesregierung entgegen der Meinung des Landesdatenschutzbeauftragten ein Gesetz für Thüringen ablehnt und die Landtagsmehrheit – auch nach dem Verlauf der Diskussion im Innenausschuss nicht verwunderlich – in der zweiten Lesung den Gesetzentwurf ablehnen wird, es bleibt ein wichtiges Thema für die kommende Wahlperiode“, so Knut Korschewsky.

Der LINKE-Abgeordnete verlangt von der Landesregierung im kommenden Plenum in einer Anfrage auch Auskunft dazu, wie sich der aktuelle Stand der Überarbeitung der Antikorruptionsrichtlinie aus dem Jahr 2002 darstellt – nachdem die Landesregierung dies angekündigt hatte, sozusagen als „Ersatz“ zum von ihr abgelehnten Landesgesetz.

Sandra Steck



*Gast der Fraktionssitzung der LINKEN am 12. Februar war Dr. Gisela Rüb, Vorstandsmitglied von Transparency International Deutschland e.V., einer Nichtregierungsorganisation, die sich der Bekämpfung der Korruption auf nationaler und internationaler Ebene widmet. Mit der früheren Antikorruptionsbeauftragten des Innenministeriums des Landes Brandenburg diskutierte die Linksfraktion ihren eigenen Entwurf für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz. In Thüringen existiert derzeit nur eine „Antikorruptionsrichtlinie“.*

ste und detaillierteste Entwurf für ein Antikorruptionsgesetz auf Landesebene ist, den es in Deutschland bislang gibt.

Auch dass die Arbeit der Antikorruptionsbeauftragten und die Inhalte der Antikorruptionsarbeit – bis hin zu Weiterbildungspflichten für Beschäftigte in den öffentlichen Stellen – gesetzlich geregelt werden soll, findet Zustimmung. Denn mit Blick auf das schon in

dass laut Regelungsvorschlag die Unterstützung von gemeinnützigen Projekten und Veranstaltungen, z.B. im Bereich des Sports, weiterhin möglich sein soll, nur für den kommerziellen Bereich soll Sponsoring untersagt sein.

Unterstützung gibt es auch für die Einrichtung eines Transparenzregisters beim Landtag. Nach Vorstellung der LINKEN soll darin öffentlich nachvoll-

## Landesregierung soll bei Reform der politischen Beamten Taten zeigen

„Die Arbeit an gesetzlichen Lösungen bei politischen Beamten in Thüringen könnte sogar schon weitestgehend abgeschlossen sein, wenn die CDU/SPD-Koalition den vor kurzem im Landtag debattierten LINKE-Gesetzentwurf zur Abschaffung der Funktion der politischen Beamten entweder angenommen oder aber zumindest zum Ausgangspunkt eigener Reformvorhaben gemacht hätte“, erklärte Knut Korschewsky, Abgeordneter der LINKE-Fraktion.

Stattdessen hat die Landtagsmehrheit die LINKE-Initiative ohne Ausschussüberweisung mit der Behauptung, politische Beamte seien angeblich notwendig, weggestimmt. „Außer Ankündigungen des Innenministers, dass sein Haus und das Finanzministe-

rium in Prüfung eigener Schritte seien, ist zu dem wichtigen Thema noch nichts passiert“, kritisierte Knut Korschewsky.

Umso erfreulicher sei es, wenn nun auch der Präsident des Rechnungshofs bis zum Ende der Wahlperiode eine gesetzliche Lösung verlange. „Die LINKE-Fraktion sieht die Sonderkategorie der politischen Beamten als überflüssig an. Es braucht keine Lebenszeitbeamte mit fristlosem Kündigungsrecht, die dann als Trostpflaster einen weit vor die Pensionsaltersgrenze gezogenen Ruhestand mit vollen Pensionsbezügen bekommen“, betonte der Landtagsabgeordnete.

Für die Erledigung der Aufgaben seien schon genügend andere nutzbare gesetzliche Regelungsmodelle zur Ausgestaltung der Personalfunktionen vorhanden, das zeige der LINKE-Gesetz-

entwurf zur Abschaffung der politischen Beamten deutlich. Hinzu komme, dass mit den Änderungsvorschlägen der Fraktion die LINKE auch eine Begrenzung von Versorgungsansprüchen bis hin zur Abschaffung des vorgezogenen einstweiligen Ruhestandes – auch für ausscheidende Minister – verbunden sei.

Damit habe der Gesetzentwurf der Linksfraktion die aktuellen Vorschläge des Rechnungshof-Präsidenten vorgezogen und sogar noch konsequenter ausgebaut. Auch für die Frage der Landesbeauftragten sei mit der Umwandlung ihrer Stellen in zeitlich begrenzte Funktionen mittels Wahl durch den Landtag eine basisdemokratische und praktikable Lösungsalternative gefunden, erläuterte der LINKE-Abgeordnete Knut Korschewsky. Allerdings übersehe Rechnungshofpräsi-

dent Sebastian Dette in seiner Kritik, „dass Beauftragte, wenn sie ihrer Funktion wirklich gerecht werden sollen, vor allem eine Ombudsfunktion gegenüber der Verwaltung zugunsten der von Verwaltungshandeln betroffenen Bürger haben und damit als Anlauf- und Korrekturstelle bei Fehlern und Mängeln große Bedeutung haben“.

Der LINKE-Landtagsabgeordnete forderte von der Thüringer CDU/SPD-Koalition, „wenigstens beim Thema politische Beamte nicht auch noch in die schon sattsam bekannte Selbstblockade zu verfallen“.

Sie sollte allerdings auch keine durchsichtigen und nicht erstgemeinten medialen Wahlkampfmanöver starten, wie die SPD-Spitzenkandidatin, meinte Knut Korschewsky abschließend.

# Auswirkungen der Agenda 2010

**Zu einer öffentlichen Anhörung zu den Auswirkungen der Agenda-Politik in Thüringen lädt die Linksfraktion am Freitag, den 14. März, 9.30 bis 15.30 Uhr, in den Landtag nach Erfurt, Jürgen-Fuchs-Str. 1, Raum F 125, ein.**

In der Einladung heißt es: „Mit der Agenda 2010 wurde ein umfassender Umbau der deutschen Gesellschaft von der Bundesebene bis zu den Kommunen, insbesondere in den Bereichen der Arbeits- und Sozialpolitik, eingeleitet. Schaut man nach Thüringen, zeigt sich deutlich, dass viele Versprechen der Agenda-Politik, insbesondere im Bereich der Arbeitspolitik, nicht erfüllt wurden. Die Regionaldirektion der Agentur für Arbeit wies 2012 daraufhin, dass 40.000 Menschen in Thüringen seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II dauerhaft nicht aus dem Bezug herausgekommen sind.

Diese Menschen bleiben gesellschaftlich abgehängt, ihre Perspektiven haben sich nicht verbessert. Auf der anderen Seite haben sich die atypischen Beschäftigungsformen – wie oftmals unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midi-Jobs, Befristung und Leiharbeit – inzwischen auf mehr als ein Drittel aller

Thüringer Beschäftigungsverhältnisse gesteigert. Elf Jahre nach der Verkündung der Agenda 2010 ist es geboten, auch für Thüringen Bilanz zu ziehen.

Dabei wollen wir uns besonders mit den drei Schwerpunktthemen Arbeitsmarktentwicklung, Armut, und Langzeitarbeitslosigkeit befassen. Neben der Bilanz soll auch diskutiert werden, welche Möglichkeiten bestehen im Rahmen des Engagements des Freistaates Thüringen Fehlentwicklungen zu korrigieren und welche Einflussmöglichkeiten auf der Bundesebene realistisch erscheinen.“

## Programm:

09.30 Filmischer Auftakt

## 09.45 Begrüßung

Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion

## 10.00 BLOCK I:

Arbeitsmarktentwicklung in

Thüringen – Grund zum Jubeln?

Kay Senius, Geschäftsführer der

Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit

Ingrid Schindler, Thüringer Arbeitsloseninitiative – Soziale Arbeit e.V.

Andrea Jarling, Rechtsanwältin

## Für den Karnevalsclub Birke e.V.

Im Namen des LINKE-Abgeordnetenvereins Alternative 54 e.V. übergab Dr. Birgit Klaubert, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, in ihrem Abgeordnetenbüro in Altenburg eine Spende an den Karnevalsclub Birke e.V. Lucka. Vier Vertreter des Karnevalsclubs und das Tanzmariechen Larissa kamen in ihren prächtigen Vereinskostümen und berichteten von Vorhaben, Veranstaltungen und Schwierigkeiten, die so ein kleiner Verein zu bewältigen hat.

Der Karnevalsclub besteht seit 28 Jahren und hat 35 Mitglieder, da-

von 15 Tanzmädchen und seit dem 11.11.2013 ein Tanzmariechen – unsere Larissa, worauf wir sehr stolz sind. Es werden jährlich zwei Karnevalsveranstaltungen durchgeführt und die Teilnahme am Karnevalsumzug mit Traktor und Anhänger in Groitzsch ist auch schon zur Tradition geworden.

Die Geldspende soll der Jugendarbeit zu Gute kommen, und so ließ es sich das 10-jährige Tanzmariechen nicht nehmen, uns überraschend eine Kostprobe ihres Könnens zu zeigen.

Für passende Musik war gesorgt, die Kamera lief und die Tanzdarbietung wurde atemberaubend. So bekamen die Abgeordnete und ihre Mitarbeiter einen kleinen Eindruck davon, welche Leistung sich die Tanzmädchen durch viel Übung antrainiert haben.

Die Spende hilft weiter, das Vereinsleben zu bereichern. Wir bedanken uns bei der Alternative 54 Erfurt e.V.

Die Alternative 54 Erfurt e.V. wurde 1995 von Abgeordneten der PDS (heute LINKE) gegründet, um aus der automatischen Erhöhung der Abgeordnetendiäten soziale und kulturelle Vereine sowie Jugendprojekte zu unter-

stützen. Damit wenden sie sich zugleich gegen Artikel 54 der Thüringer Verfassung. Er regelt die automatische Diätenerhöhung. Sie ist nicht transparent genug und führt zu Politikverdrossenheit. Birgit Klaubert ist Gründungsmitglied des Vereins, der seither insgesamt mehr als 900.000 Euro Spendengelder ausgab. Schwerpunkte sind hauptsächlich Kinder und Jugendarbeit, Unterstützung von Frauenprojekten, Behindertenhilfe sowie die Förderung von Kultur, Sport und Umweltschutz. Wir finden, dass dieses Denken und Tun große Anerkennung und Respekt verdient, wünschen der Alternative 54 Erfurt e.V. alles Gute und hoffen, dass sie weiterhin Vereine und Projekte unterstützen kann.

Beate Oswald im Namen des Karnevalsclubs Birke e.V. Lucka; G. Porzig, Wahlkreismitarbeiterin



## 11.30 BLOCK II:

Gesellschaftliche und individuelle Entwicklung von Armut in Thüringen  
Stefan Obwald, Der Paritätische Thüringen

Die dritte Hartz IV-Generation – Kinderarmut beseitigen, aber wie?  
Susanne Hohmann, Jugendklub  
Auszeit Suhl

## 14.00 BLOCK III:

(Langzeit-)Arbeitslosigkeit – wie gesellschaftliche Teilhabe in Kommunen und Land sichern?  
Kommunale Bedarfe für öffentliche Beschäftigung, Petra Enders, Landrätin Ilm-Kreis (DIE LINKE)  
Wie viel öffentliche Beschäftigung braucht Thüringen? Thomas Völker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion

## „Stubenkater“ schreibt Parlamentsgeschichte

*Mit seiner Anfrage an die Landesregierung „Stubenkater in der Staatskanzlei?“ schreibt der Abgeordnete Bodo Ramelow Parlamentsgeschichte.*

*Es ist die erste Anfrage im Landtag, die keine reguläre Drucksachen-Nummer bekommt, sie wird auch nicht während der normalen Fragestunde behandelt, sondern in einem eigenen Tagesordnungspunkt – in der Plenarsitzung am 27. Februar, an dem bekanntlich auch Weiberfastnacht ist.*

*Die Anfrage wird auch in keiner Parlamentsdatenbank zu finden sein. „Die Stubenkater-Anfrage wird mit der Sonderdrucksachennummer 1 und so mit einer außerordentlichen Behandlung geehrt“, informierte Bodo Ramelow.*

*Die Idee für seine Initiative entstand, nachdem die SPD-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Heike Taubert, in einer Pressekonferenz den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN als „rundlichen Stubenkater“ tituliert hatte.*

*„Ich sehe den Vergleich mit Humor. Trotzdem muss sich Frau Taubert einige Nachfragen von mir gefallen lassen“, so der LINKE-Abgeordnete. Deshalb möchte er wissen, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreife, „damit keine kleinen grauen Mäuschen in der Staatskanzlei sich der Akten bemächtigen?“*

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Verwirrt

„Rot-rot-grün“ habe in Thüringen derzeit eine „knappe Mehrheit“, posaunt das Zentralorgan des schlechten Geschmacks, die Bild-„Zeitung“, am 20. Februar auf ihrer Regionalseite hinaus. Dabei beruft sie sich auf eine aktuelle Umfrage des Erfurter Umfrageinstituts IN-SA.

Nun verlangt natürlich niemand von einem Bild-Redakteur gleich die Einhaltung ethischer Standards, von Anstand oder Moral. Aber man darf wohl erwarten, dass er (oder sie) die Grundrechenarten beherrscht, in diesem Fall die Bildung zweistelliger Summen, und ebenso deren Interpretation (das ist Unterrichtsstoff in der Grundschule). Aber weit gefehlt.

Linke, SPD und Grüne kommen nach der INSA-Umfrage auf zusammen 50 Prozent, die CDU auf 35. Wenn auch die AfD mit fünf Prozent knapp in den Landtag einzieht, hätte die konservativ-rechtskonservative Opposition zusammen 40 Prozent. Der Vorsprung der Gestaltungsmehrheit aus Linkspartei, SPD und Grünen läge weit darüber – um ein Viertel; es handelt sich derzeit also um keine „knappe“, sondern um eine satte Mehrheit.

Eher verwirrt wirkt auch ein Zitat von INSA-Chef Hermann Binkert in dem Artikel. Der war – allerdings von der Bild-„Zeitung“ unerwähnt – etliche Jahre im Dunstkreis verschiedener CDU-Politiker tätig und wurde, da offenbar ausreichend konservativ und katholisch, unter Dieter Althaus sogar Staatssekretär in der Staatskanzlei. Gegenüber Bild (der Auftraggeberin der Umfrage) interpretiert Binkert: „Die CDU hat die Nase vorn, aber eine Alleinregierung der Christdemokraten ist eher unwahrscheinlich.“ „Eher unwahrscheinlich“? Das dürfte eine grandiose Untertreibung sein. Wie würde Binkert eine Kernschmelze bezeichnen: als (frei nach der Zeichentrickserie „Die Simpsons“) „unangeforderten Spaltungsüberschuss“?